

Jenaer Erklärung

der wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Bundesländern

im Rahmen der Sprechertagung
vom 23. bis 24. Juni 2019 in Jena

Digitale Infrastruktur fit für das Gigabitzeitalter machen

Die Versteigerung der schnellen 5G-Mobilfunk-Frequenzen ist zu Ende und der Bund hat knapp 6,6 Milliarden Euro eingenommen. Die vereinnahmten Mittel müssen wie geplant in die Digitale Infrastruktur fließen. Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fordern, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen im Hinblick auf die Etablierung von 5G endlich umgesetzt werden. Die geplanten 5G-Modellregionen sind zügig zu vergeben. Von den im Koalitionsvertrag vorgesehenen fünf Modellregionen für den 5G-Mobilfunkstandard sollen zwei in den ostdeutschen Ländern liegen.

Damit die bestehenden Funklöcher und weiße Flecken beim Mobilfunk und mobilen Internet zügig geschlossen werden, haben sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf Bundesebene darauf verständigt, eine mit den Ländern und den Mobilfunkanbietern abgestimmte bundesweite Gesamtstrategie vorzulegen. Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher appellieren an alle Beteiligten die Gesamtstrategie zügig vorzustellen und umzusetzen, da ein gut ausgebautes Mobilfunknetz nicht nur ein wichtiger Standortfaktor ist, sondern auch als Basis für 5G gilt.

Bis zum Jahr 2025 muss in Deutschland der flächendeckende Ausbau mit Gigabit-Netzen erreicht werden. Das Ziel lautet: Glasfaser in jeder Region und jeder Gemeinde, möglichst direkt bis zum Haus. Die Aufhebung der Angreifschwelle für Gewerbegebiete, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen war ein erster wichtiger Schritt. Gigabitgeschwindigkeiten müssen jedoch auch Landwirten, dem Mittelstand und Handwerk sowie privaten Haushalten flächendeckend zur Verfügung stehen. Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fordern den Bund auf, die Rechtssicherheit für den weiteren Ausbau in bereits mit 30 Mbit/s versorgten Gebieten zu unterstützen, und begrüßt, dass der Bund die Verhandlungen mit der Europäischen Kommission zur Genehmigung von landesspezifischen oder einer bundesweiten Gigabit-Förderrichtlinie aufgenommen hat.

KI als Wirtschafts- und Forschungsfeld aufbauen

Bei der Identifizierung von Forschungsfeldern gilt es Forschungsmittel zielgerichtet einzusetzen. Die von der Bundesregierung in der KI-Strategie in Aussicht gestellten 100 neuen Professuren und die zwölf KI-Zentren und Anwendungshubs sollen mit der vorhandenen Forschungslandschaft optimal verzahnt werden. Ziel muss es sein, dass sich das weltweit anerkannte „German Engineering“ in den Leitbranchen der deutschen Wirtschaft mit KI als Schlüsseltechnologie verbrüdet, etwa in unserer

leistungsfähigen deutschen Automobilindustrie, der Luft- und Raumfahrt, dem Maschinenbau (Robotik), in der Chemieindustrie, Science und Gesundheitswesen sowie den Meeres- und Materialwissenschaften. Deutschland soll zu einem weltweit führenden Standort bei der Erforschung von Künstlicher Intelligenz werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde sich auf die Schaffung von KI-Transferzentren geeinigt. Das Zukunftsfeld der Künstlichen Intelligenz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, deshalb fordern wir, zwei weitere KI-Transferzentren in den neuen Ländern einzurichten. Bund und Länder müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Innovationskraft der Wissenschaft und Forschung für unsere Wirtschaft – Industrie und Mittelstand gleichermaßen – fruchtbar zu machen. Dazu zählt auch die Forschungskapazitäten an etablierten deutschen Einrichtungen wie zum Beispiel den Fraunhofer-Instituten oder dem DLR Institut für Datenwissenschaft zu erhöhen.

Die in der KI-Strategie der Bundesregierung angekündigte Transferinitiative (mit den Kompetenzzentren Mittelstand 4.0 und KI-Trainern) halten wir für einen zielführenden Ansatz. Mit Wissenstransfer, Beratung und Information können und müssen wir unseren Mittelstand erreichen. Auch die Gründerdynamik für Geschäftsmodelle und Produkte im Bereich der Künstlichen Intelligenz ist zu stärken, insbesondere auch über steuerliche Anreize und Fördermittel sowie einen verbesserten Zugang zu Venture Capital („Tech Growth Initiative“).

Kommunale Digitalisierung mit Smart City und Public Data Space befördern

Daten sind der Rohstoff der Zukunft und bilden das Bindeglied der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. In der Nutzung von nicht-personenbezogener Daten stecken ungemeine Wachstumschancen für kommunale Unternehmen in Deutschland. Kommunale Unternehmen sind in ihrer Rolle als Datenproduzenten und Dienstleister Teil der modernen Digitalwirtschaft und -gesellschaft und befinden sich in einem besonderen Spannungsfeld. Einerseits müssen sie tagtäglich ihren unverzichtbaren Teil zur kommunalen Daseinsvorsorge leisten, andererseits im Wettbewerb mit privaten Unternehmen bestehen. Das Angebot von attraktiven und innovativen Produkten im Rahmen von Smart Services und Smart Cities/Regions ist wesentlich von der Datennutzung abhängig. Für ihre Rolle als Datenproduzent, -bereitsteller oder -verwerter stellen Klarheit bei Datenaustausch, Datenschutz und Datensicherheit bei den kommunalen Unternehmen wesentliche Erfolgsvoraussetzungen dar. Will man digitale Dienstleistungen und Daten in Einklang bringen, sind jedoch Ansätze wie die X-Road in Estland oder Standardisierungsansätze wie in Österreich oder Schweden nötig. Eine Referenzarchitektur für Vernetzung von lokalen Daten ist notwendig, die Schnittstellen, Sicherheitsanforderungen und Protokolle definiert. Damit dies nach festgelegten Standards auf einem deutschlandweit einheitlichen Markt verläuft, sollte die Bundesregierung eine Initiative unterstützen, die Deutschland zum Land eines öffentlichen und urbanen Datenraums (Public Data Space) profiliert.

IT Fachkräfte gewinnen

Von hoher wirtschaftlicher Bedeutung wird es sein, in unserem Land genügend Fachkräfte für die Digitalisierung zu gewinnen. Doch für eine erfolgreiche digitale Transformation fehlen Deutschland die Fachkräfte. Es existieren im Bereich IT-Entwicklung rund 500.000 offene Stellen. Bundesweit lag der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ITK-Berufen im Verhältnis zu allen Beschäftigten gerade einmal bei 2,2 %. Ohne die dringend benötigten IT-Spezialisten lässt sich die Digitalisierung kaum erfolgreich gestalten. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, ein Programm zu entwickeln, um die Gewinnung von IT-Fachkräften im Inland durch erweiterte Ausbildungsangebote, berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern und ausländische IT-Fachkräfte anzuwerben.

Luft- und Raumfahrt stärken – Weltraumgesetz umsetzen

Deutschland hat eine Vielzahl an erfolgreichen und innovativen Unternehmen im Bereich der Luft- und Raumfahrt. Dies vorhandene Know-how muss erhalten und ausgebaut werden. Deshalb fordern die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher die Bundesregierung auf, dass im Koalitionsvertrag vereinbarte Weltraumgesetz umzusetzen, um Investitions- und Rechtssicherheit für nicht-staatliche Raumfahrtaktivitäten zu schaffen. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat die Potenziale der Raumfahrt für Umwelt- und Klimaschutz, intelligente Mobilität, Kommunikation, Forschung und Technologie konsequent erschlossen. Als nächsten Schritt fordern wir, die nationalen Investitionen in die Raumfahrt auf 500 Mio. Euro jährlich zu steigern und den deutschen Anteil an den ESA-Programmen auf 1 Mrd. Euro zu erhöhen.

Mehr Geschwindigkeit beim E-Government

Digitale Behördengänge bedeuten für Unternehmen und Bürger einen großen Nutzen, Flexibilität und Zeitersparnis. Während in anderen Ländern digitale Lösungen mit spürbarem Nutzen für den Bürger erarbeitet werden, existiert in deutschen Amtsstuben eine „Digitalen Service-Wüste“ (EFI 2016). Der Nationale Normenkontrollrat brachte es auf die einfache Formel: „E-Government in Deutschland gibt es nicht“. In Europa belegt Deutschland Platz 26 von 28 bei digitalen Behördengängen. Der Erfolg von E-Government bewegt sich in einem digitalen Zieldreieck, welches aus rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen, bürgerfreundlicher Nutzerorientierung und klaren Standards in der Dokumenten- und Datenaufbewahrung besteht. Die Bundesregierung hat mit der Digitalen Agenda, dem E-Government-Gesetz (EGovG), dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) und dem digitalen Bürgerkonto wichtige rechtliche Grundlagen geschaffen. Man strebt einen nutzerzentrierten Ansatz an, bei dem Bürger das Selbstbestimmungsrecht erhalten, jederzeit souverän über ihre Daten und deren Weitergabe zu entscheiden. Das stellt Anforderungen an die Steuerung des Identitäts- und Rechtemanagements sowie der digitalen Authentifizierung. Vielmehr noch fordert es eine strukturierte Verwaltung der Dokumente, mit unterschiedlichem Rechtemanagement und Zugriffsmöglichkeiten auf unterschiedliche Register. Seit dem 2017 verabschiedete Onlinezugangsgesetz ist nicht genug passiert und der

Zeitplan bis 2022 ist gefährdet. Daher fordern wir eine zügige Umsetzung, infrastrukturelle und personelle Ausstattung zur Einführung des E-Governments. Wir sprechen uns für die Entwicklung einer digitalen Signatur und digitalen Identifizierung aus, um rechtssicher mit dem öffentlichen Sektor digital kommunizieren zu können.

Bürokratieabbau

Bürokratie kostet Zeit und Geld. Beides sind entscheidende Faktoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen wie auch für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes. Ein Übermaß an bürokratischen Hürden hält Unternehmer davon ab, sich vor allem auf den Erfolg ihres Betriebs zu konzentrieren. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, die Wirtschaft, und dabei insbesondere mittelständische und kleine Betriebe vor unnötigen Bürokratiepflichten zu befreien. Es gilt überflüssige Regeln abzuschaffen, auf doppelte Statistikpflichten zu verzichten und vor allem Verfahrensabläufe konsequent zu digitalisieren. Wenn wir Bürokratieabbau ernsthaft betreiben, gewinnen alle Beteiligten.

Handwerk stärken – Meisterausbildung attraktiver gestalten!

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, dass die finanziellen Hürden für angehende Technikerinnen und Techniker, Meisterinnen und Meister sowie Fachwirtinnen und Fachwirte im Sinne der vollständigen Gebührenfreiheit abgeschafft werden sollen. Zudem hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, dass die Meisterpflicht mit einer Novellierung der Handwerksordnung erweitert werden soll. Die wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher fordern die Bundesregierung auf, die finanziellen Hürden im Sinne der Gebührenfreiheit schnellstmöglich abzubauen und den Gesetzentwurf zur Meisterpflicht bis Ende 2019 zu beschließen.

Steuerreform

Besonders der Mittelstand wird in Deutschland durch hohe Steuern und Abgaben belastet, was zu einer Schwächung der deutschen Wirtschaft führt. Wir fordern von der Bundesregierung eine Abflachung des Mittelstandsbauchs, deutliche Erhöhung der Spitzensteuersatzschwelle und vollständige Abschaffung des Solis für alle Steuerzahler zeitnah umzusetzen.